

Volks- und Anzeigebblatt

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 M. 15 Pfa.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirke 6 S., außerhalb
des Bezirke 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Ausnahme.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Nro. 59. Winnenden, Dienstag den 21. Mai 1895.

Winnenden.
Unnütziges (mutwilliges) Weitschweifigen in der Stadt ist ver-
boten und strafbar.
Den 13. Mai 1895.
Stadtschultheißenamt:
S i e m e r.

Winnenden.
Zuverlässige, ortskundige, schreibgewandte Männer, welche bereit
wären (eotl. gegen ein Taggeld von 3 M.) bei der am 14. Juni ds. Jrs.
stattfindenden
Berufs- und Gewerbebezahlung
als Zähler zu fungiren, wollen sich bis 23 ds. Mts. melden.
Den 18. Mai 1895.
Stadtschultheißenamt:
S i e m e r.

Leutenbach.
Am Samstag den 25. ds. Mts.,
nachmittags 2 Uhr
werden aus der Kelter im Rothenbühl, Hertmannsweiler Markung, von
einer Presse die vorhandenen
eichenen Hölzer,
4 St. à 12 Meter lang und 35-41 cm Durchmesser, und 30 St. weitere
verschiedene Größen, sowie
zwei Spindeln
zum Verkauf gebracht, wozu Liebhaber auf den Platz eingeladen werden.
Den 18. Mai 1895.
Im Auftrag:
Schultheiß Münz.

Turnverein Winnenden.
Am 23. Mai (Himmelfahrtsfest)
Turnfahrt
nach Murrhardt über Ebnisee (bei halbwegs günstiger Witterung.)
Abgang 5 Uhr vom Rathaus ab.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Ausschuss.

Bezirkskrankenkasse Winnenden.
Verwaltungs-Ergebnis pro Rechnungsjahr 1894.

A. Mitgliederzahl am 1. Januar 1894	322.
Stand am 31. Dezember 1894	318.
B. Zahl der Unterstützungen:	
Erkrankungsfälle	143.
Krankheitstage	2112.
Sterbefälle	2.
C. Einnahmen:	
1) Barer Kassenbestand am 1. Jan. 1893	— M. — S
2) Kapitalzinsen	58 M. 21 S
3) Eintrittsgelder	53 M. 60 S
4) Beiträge	4742 M. 07 S
5) Ersparleistungen für gewährte Krankenunter- stützung	133 M. 32 S
6) Vorschüsse des Rechnungsführers	20 M. 55 S
7) Sonstige Einnahmen	80 M. 61 S
a) darunter aus der Besorgung von Ge- schäften der Invaliditäts- u. Alters- versicherung 75 M. — S	
Summe C.	5088 M. 36 S

D. Ausgaben:	
1) Für ärztliche Behandlung	745 M. 86 S
2) Für Arznei und sonstige Heilmittel	466 M. 95 S
3) Krankengelder	1468 M. 45 S
4) Sterbegelder	110 M. — S
5) Kur- und Verpflegungskosten	665 M. 90 S
6) Ersparleistungen für gewährte Kranken- unterstützung	11 M. 66 S
7) Zurückbezahlte Beiträge 2c.	5 M. 10 S
8) Anlagen bei Sparkassen oder Banken	958 M. 21 S
9) Zurückbezahlte Darlehen des Rechnungs- führers	16 M. 49 S
10) Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	566 M. 78 S
aa) darunter ausscheidbare für Be- sorgung von Geschäften der In- validitäts- und Altersversicherung	107 Mark — S
b) sächliche	67 M. 96 S
bb) darunter ausscheidbare für Be- sorgung von Geschäften der In- validitäts- und Altersversicherung	10 M. 36 S
11) Sonstige Ausgaben	5 M. — S
Summe D.	5088 M. 36 S
C. Einnahmen	5088 M. 36 S
D. Ausgaben	5088 M. 36 S

Liedertafel Winnenden.
Einladung.
Am Mittwoch den 22. Mai
findet eine
musik. Abendunterhaltung
mit der Aufführung
der Taucher
parodistische Operette in einem Aufzuge von Wilhelm Sturm,
Text von L. W. . . . r
im Saale des Gasthofs z. Hirsch statt, wozu wir unsere
Mitglieder und alle Gesangstreunde höflichst einladen.
Anfang abends 8 Uhr.
Eintritt für Nichtmitglieder 30 S
Text an der Kasse à 20 Pfennig.
Der Ausschuss.

Winnenden.
Brause-Limonade,
sehr erfrischend und durstlösend, in fünf verschiedenen Sorten,
per Flasche 15 Pfg.,
bei Mehrabnahme billiger,
Soda-Wasser
in stets frischer Abfüllung
empfiehlt namentlich den Herren Wirten zu billigsten Preisen
Julius Volz, Conditor.
In Weiler z. Et. zu haben bei Hrn. Bäckermstr. Fritz.

Steuer-Büchlein
sind zu haben bei
E. Fuß, Buchdrucker.

Das Vermögen der noch angelegten Gelder pro 1894 beträgt:
a) Reservefonds 2000 M. — S
b) Betriebsfonds 395 M. 60 S
Winnenden, den 30. März 1895.
Vorstand: Kassier:
Vorsteher: H. Krämer. Kupp.

Winnenden.
 Im Wege der Zwangsversteigerung wird durch den Gerichtsvollzieher am nächsten **Mittwoch**, vormittags 10 Uhr bei **Christian Widmann**, Bauer 1 Wagen an den Meistbietenden verkauft, wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Gerichtsvollzieher **Maß.**

Winnenden.
 Fortwährend
Schweinefleisch,
 per Pfd. 50 Pfg.,
 zu haben bei
Kurz A. Rose.

Winnenden.

Güllen-Pumpen
 mit neuen Verbesserungen am Kolben und Ventilsitz, (schöpfen in zwei Minuten einen Eimer), sowie die neuesten patentierten

Futterschneidmaschinen
 mit doppelter Uebersetzung empfiehlt zu Fabrikpreisen

Karl Kögel.

Auch hat Obiger ein neues **Preßschneidwägel** und ein **Handwägel**, sowie 6 Simri **Hammerschlag** und einige Zentner **Hufstumpen** zu verkaufen.

Winnenden.

Einen **Scheunenboden** hat zu vermieten **Marie Fischer Witwe.**

Winnenden.

Ein Viertel schönen **hohen Klee** im hohen Graben hat zu verpachten **Jm. Eckert.**

Reutlinger Kirchenbau-Lose
 Geldlotterie in 2 Ziehungen
11. Juni und 19. Septbr. 1895
 Hauptgewinne 25,000, 10,000, 5000, 2000, 1000 Mk. u. s. w.
 à M. 1.— per Los gültig für die erste Ziehung,
 à M. 2.— per Los gültig für beide Ziehungen
 sind zu haben in der **Buchdruckerei Winnenden.**



Stollwerck'sche Chocoladen.
 Sachgemässe, durch die neuesten maschinellen Erfindungen verbesserte Fabrikationsmethode und Verwendung von nur gutem und bestem Rohmaterial sichern den Consumenten von **Stollwerck'schen Chocoladen- und Cacao-Präparaten** ein empfehlenswerthes, der Angabe der Etikette entsprechendes Fabrikat, dessen Vorzüglichkeit durch 26 Hofdiplome und durch 31 Ehren-Diplome, goldene, silberne etc. Medaillen anerkannt ist.

Winnenden.

Ein schwarze **Cesme-Rosinen** zur Mostbereitung empfiehlt billigst **G. Hänßermann.**

Winnenden.

Einen starken halben Morgen **breiten Klee** im Kreuzstein und ebenso im Wörzig hat zu verpachten. **G. Klöpfer, Bäckr.**

Winnenden.

Unterzeichneter hat wegen Baulichkeiten einen **runden Mosttrog** mit 2 Läufern zu verkaufen **Chr. Schäfer** bei der Paulinenpflege.

In der Volkerei **Leutenbach** ist jeden Morgen und jeden Abend **frische Magermilch** pro Liter zu 3 Pfg., sowie auch **frische Süßbutter** pro Pfd. 1 Mt. 5 Pfg. zu haben.

Winnenden.

10 Ar **hohen Klee** hat auf den ganzen Sommer zu verpachten **F. Strähle.**

Winnenden.

Den Klee-Ertrag in der Rappenhalde verpachtet **Mittwoch Abend 6 Uhr** auf dem **Weiß z. Germania.**

Württ. Theer- & Asphalt-Geschäft
Wilh. Volz
 Stuttgart, Stöckachstr. 48
 empfiehlt
Asphalt, Asphaltdachpappe, Asphalt-Röhren, Dachlack, Holzpflaster, Holzcementdächer, Carbolinum.

Winnenden.

Einen halben Morgen **breiten Klee** im langen Gewänd und einen halben Morgen **hohen Klee** im Hungerberg hat zu verpachten **Wilh. Luthardt, Wagner.**

Eine neuwelle

Gais hat zu verkaufen. Wer? sagt die Redaktion.

Winnenden.

9 Ar **hohen Klee** beim Armenhaus hat zu verpachten **C. Mann.**

Winnenden.

Unterzeichneter verkauft am **Mittwoch Abend 1/2 8 Uhr** ein Viertel schönen **hohen Klee** im Birke auf dem Platz an der alten Leutenbacher Straße. **Wilh. Hahn, Schuhmacher.**

Winnenden.

Plüh-Stauffer-Kitt ist das Allerbeste zum **Kitten zerbrochener Gegenstände**, wie Glas, Porzellan, Geschirr, Holz u. s. w. Nur acht in Gläsern zu 30 u. 50 J bei **Hch. Mayer, Winnenden.**

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 16. Mai. Die Kammer nahm heute die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. das kirchliche Gesetz über Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte vor. Nach einer einleitenden Rede des Herrn Staatsministers des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Sarwey stellte der ritterschaftl. Abg. Frhr. v. Din den Antrag, den Entwurf en bloc anzunehmen. Vizepräsident Dr. Kiene forderte dagegen namens des Zentrums Verweisung an die staatsrechtliche Kommission. Der Redner sprach sich gegen die „Personalunion“ der künftigen evang. Kirchenregierung mit dem Staatsministerium aus, worin er eine Beschränkung des königlichen Rechts der Ministerernennung erblickt. Der ritterschaftliche Abg. v. Schad wandte sich gegen diese Ausführungen, mit denen das Zentrum sich auf den Kriegsfuß gestellt habe. — Haußmann (Gerabronn) stimmte namens der Volkspartei der Verweisung an die Kommission zu, ließ aber darüber keinen Zweifel, daß seine Fraktion das Gesetz im wesentlichen in der Fassung der Landesynode annehmen werde. — v. Geß und Sachs erklärten namens der Deutschen Partei, daß sie sofortige Annahme gewünscht hätte, aber unter den jetzigen Umständen für die Kommissionsberatung stimme. — Nachdem der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Sarwey die Bedenken Dr. Kiene's als unbegründet zurückgewiesen hatte, zog Frhr. v. Din seinen Antrag, das Gesetz ohne Kommissionsberatung zu erledigen, zurück. — Schrempf nahm denselben wieder auf, wogegen Kanzler v. Weizsäcker und Haußmann zu bedenken gaben, daß bei der unvermeidlichen Ablehnung dieses Antrags nur ein falscher Eindruck entstehen würde; Kanzler v. Weizsäcker trat zugleich der von Dekan Kollmann unternommenen Parallelisierung der Verhältnisse der evang. und kathol. Kirche entgegen. — Schließlich wurde das Gesetz nach Zurückziehung des Antrags Schrempf an die staatsrechtliche Kommission verwiesen. — Der Gesetzesentwurf betr. das Disziplinarverfahren gegen evang. Geistliche wird auf mehrseitigen Wunsch

an eine Kommission verwiesen. Es folgt die Beratung des Etats des Kultdepartements. Gefordert werden rund pr. Jahr 10 770 000 M. Der Berichterstatter bespricht die einzelnen Neuforderungen. — Kloss (Soz.): Die Sozialdemokratie erklärt die Religion zur Privatsache, deshalb habe der Staat den Religionsgenossenschaften nichts zu bezahlen. Die Schule soll frei sein von der Aufsicht der Kirche. Sie wollen weiter die obligator. Volksschule als Vorbereitungsschule für alle Schulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts u. s. w. So lange die Volksschule nur für die unteren Klassen der Bevölkerung sei, müsse sie das Mischenbrödel sein. Notwendig sei unentgeltliche Ausbildung bei allen Schulen. Er frage, wie es komme, daß man dabei den Kandidaten der Theologie eine so exzeptionelle Stellung anweise. — Kultminister Dr. v. Sarwey: Er glaube, der Abg. der Stadt Stuttgart hätte seine Bedenken nicht geäußert, wenn ihm die wirt. Verhältnisse genauer bekannt wären. Der Etat stehe betreffs der Heranbildung der Theologen auf dem Boden der Verfassungsurkunde. So lange das Kirchenvermögen nicht ausgeschieden sei, sei es für den Staat zweifellose rechtliche Pflicht, für die Heranbildung der Geistlichkeit Sorge zu tragen. Betreffs der Schulwünsche von Kloss könne er ihm nur raten, einen Antrag zu stellen. Bei der Einzelberatung gibt Kap. 49, Tit. 1, Besoldungen der ev. Kirchenbiener, Anlaß zu lebhafter Debatte, betr. der Errichtung eines bes. Schulinspektors für die Städte Cannstatt und Göttingen, welche damit ihr Ende erreicht, daß dieser Titel an die Kommission zurückgewiesen wird, Tit. 3, worunter die Errichtung eines ständigen Vikariats in Sulzbach a. M. wird mit großer Mehrheit angenommen. — 17. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten regte beim Kultetat Schrempf die Auflösung der Stollgebühren an. — Hartmann-Böblingen weist auf die Verpflichtung des Staats hin, die theolog. Seminarien zu unterhalten, und wirft die Frage auf, ob bezüglich der niederen Seminarien durch einen Anschluß an Gymnasien sich eine Vereinfachung erzielen ließe. — Der Kultminister erwidert, für die wissen-

schaftliche Vorbildung der Seminaristen sei eine gewisse Abschließung vor den Gefahren der großen Städte geradezu Bedürfnis. — Klaus wünscht, man möge die Altersgrenze beim Landexamen wenigstens bis zum 15. Jahr hinaufsetzen. — Prälat Lecher: Eine einseitige Bildung sei nicht in den Seminaren zu finden. — Prälat Wittich giebt Erklärungen über die Schülerzahl der Seminaristen und das Landexamen. — Hartmann-Böblingen: Wenn einmal ein Seminargebäude baufähig werde, könne man an Verlegung in eine kleine Landstadt denken. — Klaus kommt auf die Altersgrenze beim Landexamen zurück. — Domkapitular Dr. Linfertmann bittet um eine Nachprüfung für Bauten an Priesterseminar in Rottenburg. — Der Kultminister erwidert, man werde dem Bedürfnis möglichst bald abhelfen. — Eine große Debatte entwickelte sich bei Kap. 61 Universität, wo die Kommission die thunlichste Verminderung der aus dem Dispositionsfonds zu bestreitenden Ausgaben, die Revision des Prüfungswezens und die Förderung des Zugangs tüchtiger Privatdozenten durch eine Resolution angeregt hat. — Es sprachen sodann neben dem Referenten Hartmann (Böblingen) Abg. v. Geß, der eine scharfe Kritik gegen verschiedene Seiten des jetzigen Universitätsbetriebs, namentlich gegen die Berufungen, richtete, Domkapitular v. Linfertmann, Kanzler v. Weizsäcker, der die Angriffe des Abg. v. Geß zurückwies; ferner der Herr Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Sarwey, der sich der Universität lebhaft annahm, sodann F. Haußmann, welcher den Abg. v. Geß in seinen Anschauungen über den Universitätsbetrieb unterstützt. Er schließt: Auf andern deutschen Universitäten sei es noch schlimmer als in Tübingen. Hoffen wir, daß alles mitwirke, unser Tübingen auf der Höhe zu erhalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Mai. Das Haus nimmt endgültig gegen die Sozialdemokraten und Freistämigen den Gesetzesentwurf über den gegenseitigen Beistand

der Bundesstaaten bei Abgabeneinziehung etc. an. Das Militärreliefgesetz und die Reichsinvalidenfondsnotelle werden einstimmig ohne Debatte endgültig angenommen. Den nächsten Gegenstand, das Zuckersteuergesetz in Verbindung mit dem Antrag Baasche (nrl.) auf Abänderung des Zuckersteuergesetzes, beantragt Meyer-Halle (Freis. Ver.) von der L. O. abzusetzen; der Antrag wird jedoch gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Nunmehr beantragt Singer (Soz.) die Vertagung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit. Da nur 169 Mitglieder anwesend sind, ist das Haus beschlußunfähig. Morgen Zuckersteuergesetz, Petitionen.

— 17. Mai. (Zuckersteuer-Notgesetz.) Staatssekr. Graf Posadowsky begründet die Vorlage, indem er auf die ungünstige Lage der zu viel produzierenden Zuckerindustrie hinweist. Es handelt sich übrigens weniger um das Interesse der Industrie, als um das der Rübenbauern. Bei Ablehnung der Vorlage würde die agrarische Bewegung im Lande wachsen. Die Regierung hat die Prämien für die Zuckerausfuhr allmählich herabgesetzt und beabsichtigt ihre gänzliche Aufhebung. Der Blick auf andere Staaten lehrt uns aber jetzt innehalten. Die Prämien sind, rein sachlich betrachtet, etwas wirtschaftlich Verfehltes. Die Ueberproduktion ist ihre Folge. Verzichteten wir jedoch auf die Prämien, so lange andere Staaten solche zahlen, so würden wir von dem Weltmarkt verdrängt. Den Schaden trüge die Landwirtschaft. Wir hoffen, daß die Zuckerprämien später überall abgeschafft werden. Der Schwerpunkt liegt darin, ob die internationalen Verhandlungen von Erfolg sein werden. Wenn sie erfolglos sind, so müssen wir beraten, ob wir die Zuckersteuer auf eine andere Grundlage stellen. — Meyer Halle (Freis. Ver.): Der Zuckerindustrie könne auf dem Wege der Erhöhung des Verbrauchs geholfen werden. Mit dem Notgesetz beschreiten wir eine falsche Bahn. — Spahn (Ztr.) und Baasche (nrl.) sprechen für die Vorlage. Letzterer will die Regierung ersuchen, ein neues Zuckersteuergesetz vorzulegen, welches erhöhte Zuckerprämien gewährt, falls es nicht gelingt, die Prämien durch internationale Verhandlungen ganz zu beseitigen. — Abg. Schippel (Soz.) steht auf dem Standpunkt grundsätzlicher Abschaffung der Ausfuhr-Prämien. — Abgeord. Staudy (kons.) erklärt das Einverständnis seiner Partei zu der Vorlage und dankt namens derselben den beiden Ministern für ihr Interesse, welches sie der Landwirtschaft zugewendet haben. — Bei der sofort beginnenden 2. Lesung beantragt Abgeord. Spahn (Ztr.), der Vorlage den Zusatz zuzufügen, wonach der Bundesrat ermächtigt werden soll, Ausfuhrprämien herabzusetzen oder ganz außer Kraft zu setzen, wenn die Auslandsstaaten infolge einer internationalen Vereinbarung daselbe thun. — Abg. Richter (fr. Rp.) plaidiert für die Belassung der bestehenden Gesetzesbestimmungen. Inzwischen ist die angekündigte Resolution Baasche eingegangen. — Posadowsky erklärt, die verbindlichen Negotiationen acceptierten die Resolution. — Dann wird der Antrag Spahn angenommen. — Es folgt auf Antrag Singers namentliche Abstimmung über die jetzt erweiterte Vorlage. Die Abstimmung ergibt 140 für, 46 Stimmen gegen die Vorlage. Das Haus ist also beschlußunfähig. — Montag 1 Uhr: Vorlagen betreffend Sklavenraub, Sklavenhandel, Schutrippe in Kamerun, Abstimmung über Zuckersteuer-Notgesetz, Margarineantrag.

Landesnachrichten.

Winenden, 20. Mai. (Einges.) Die „Niedertafel“ war in letzter Zeit mit den Vorbereitungen eines größeren Werkes, der parodistischen Operette „Der Tauer“, beschäftigt, welches Stück zu Gunsten ihrer Mitglieder und sonstigen Freunde und Gönner laut Bekanntmachung im Annoncenteil ds. Bl. am kommenden Mittwoch über die Bühne gehen wird. Einsender dieses hatte Gelegenheit, am gestrigen Sonntag einer Hauptprobe, in welcher die Mitwirkenden in Ritterkostümen erschienen, beizuwohnen, und muß anerkennen, daß die Ausführung dieses schönen und künstlerischen Werkes mit seinen heiteren und ernstern Szenen einen bedeutenden, effektvollen Eindruck auf den Zuschauer ausübt, besonders wenn man beobachtet, wie jedes Mitwirkende bei der Sache ist und unter der tüchtigen, unermüdbaren Leitung sich bemüht, seiner Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden. Besondere Anmut übt ein hiesiges mitwirkendes Fräulein durch Gesang und Spiel aus. — Die Ausgabe, die der Verein sich diesmal gestellt hat, ist eine sehr große, zumal neben dieser Aufführung noch tüchtig eingeschulte Männerchöre, Klaviervorträge und anderes zu Gehör gebracht werden wird. In Anerkennung seiner Bestrebungen und der bedeutenden Ausgaben, die dem Verein durch diesen Abend erwachsen, dürfte demselben ohne Zweifel ein volles Haus in sicherer Aussicht stehen.

Winenden, 20. Mai. „O Mai, wo hast du deine Sonne, die vielgerühmte Maienwonne? Das sollen Maienläste sein? O lieber Mai, pack lieber ein!“ So hat auch einmal ein deutscher Dichter gesungen, was den Beweis liefert, daß der „Wonnemonat“

sich schon öfters blamiert hat. Wenn die Sache nur nicht so sehr ernst wäre; aber da hatte man sich schon geireut über das, was der kräftige Sonnenschein an Bäumen und Weinstöcken hervorgezaubert hat, und nun ist die Gefahr nahe, daß wieder einmal unsere Hoffnungen zerstört werden. Fast aus allen Teilen des Landes kommen schlimme Nachrichten; in gewissen Gegenden glaubt man, mitten im Winter zu stehen. Das ist eine bitterböse Geschichte und wirkt niederdrückend auf das ganze Geschäftsleben. Heute sieht es allerdings aus, als ob es sich wenigstens hinsichtlich der Kälte zum Bessern wenden wollte.

Stuttgart, 16. Mai. Nachdem die Verfügung des kgl. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens vom 22. Mai 1880, betreffend die Schulzucht in den Volksschulen, durch die Ministerialverfügung vom 16. Juli 1892, sowie durch die zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die allgemeinen Fortbildungsschulen etc. vom 22. März 1895 erlassene Ministerialverfügung abgeändert worden ist, ist der Text der erstgenannten Verfügung, wie er sich aus den gedachten Aenderungen ergibt, in den letzten Tagen durch die Schulpespektorate an sämtliche Ortschulbehörden zur Verteilung gekommen. Die Verfügung behandelt den Stoff unter den Titeln: I. Einleitende Bemerkungen; II. Die Abnung der mit Schulstrafen unterliegenden Handlungen; III. Die zulässigen Schulstrafen; IV. Die Zuständigkeit zur Verhängung von Schulstrafen; V. Schlußbestimmungen. Die Abänderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Schulstrafen gegen Schüler der allgemeinen Fortbildungs- und der Sonntagsschule. Gegen diese dürfen in Anwendung kommen: Verweis vor der Schule, Verweis vor der Ortschulbehörde — statt der bisherigen Schulstrafen mit Strafstößen, Straßzügen und Strafarbeiten vermittelt vermehrter Hausaufgaben — und der strengere Schularrest. Der Verweis vor der Schule wird den Schülern im Namen der Ortschulbehörde durch den Ortsschulbeauftragten, und in dessen Verhinderung durch den Lehrer vor versammelter Schule, der Verweis vor der Ortschulbehörde in einer Sitzung dieser Behörde durch den Ortsschulbeauftragten erteilt. Die Verhängung des Verweises vor der Schule und des Verweises vor der Ortschulbehörde sowie des strengeren Schularrestes ist der Ortschulbehörde vorbehalten. Jedoch sind die Lehrer befugt, gegen die Schüler der allgemeinen Fortbildungsschulen und der Sonntagsschulen bei groben Verfehlungen innerhalb der Schule, deren sofortige Abrügung unerlässlich ist, strengeren Schularrest bis zur Dauer von zwei Stunden zu verhängen.

Stuttgart, 16. Mai. Die nun bei den Ständen eingeleiteten Gesetzentwürfe über die Steuerreform zerfallen in die Denkschrift und vier einzelne Gesetzentwürfe. Letztere sind sehr umfangreich. Die Denkschrift wird voraussichtlich Ende nächster Woche im Druck erscheinen, und hernach erst sollen die vier einzelnen Entwürfe mit Motiven veröffentlicht werden. Ein genauer Zeitpunkt ist hiesfür noch nicht bestimmt.

Stuttgart, 16. Mai. (Vom Landtag.) Die von einem Teil der Kammermitglieder geteilte Hoffnung, daß der Gesetzentwurf, betr. das kirchliche Gesetz über Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer andern als der evang. Konfession, ohne Kommissionsberatung werde genehmigt werden, hat sich nicht erfüllt. Obwohl der Kultusminister von Sarwey gleich die Tendenz des Entwurfs als Friedenswert in überzeugender Weise hervorhob, nahm das Zentrum der Vorlage gegenüber doch eine Proteststellung ein. Sein Redner war Dr. Kiene, welcher sich besonders dagegen wandte, daß durch das Gesetz gewissermaßen gesetzlich festgelegt werden will, es müßte die Mehrzahl der Minister ev. sein. Das sei ein Eingriff in das freie königliche Ernennungsrecht. Die Volkspartei schloß sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an. H. Hausmann führte aus, es sei gewissenhafter, diesen Weg einzuschlagen, weil eine Anzahl staatsrechtlicher Fragen in die Sache hineinspielen, welche die Nachprüfung gerechtfertigt erscheinen lassen. Redner kritisierte dann die Besürchtungen, welche man in ev. Kreisen für den Fall der Thronbesteigung eines katholischen Königs bege, Besürchtungen, die er einsätzig nannte. Es ist in der That zu wünschen, daß die dunkeln Vorstellungen, welche hierüber da und dort bestehen, durch die Kommissionsberatung zerstreut werden. Die Deutsche Partei, obwohl sie mit dem Gesetz einverstanden sei und auf die Kommissionsberatung verzichten könne, schloß sich doch den Wünschen darauf an in der Erwartung, daß das Gesetz möglichst bald seine Erledigung

finden werde. Es wurde also die Ueberweisung an die staatsrechtliche Kommission beschlossen. Aus der Debatte ist noch zu bemerken, was Frhr. v. Dw unter dem Beifall der andern Parteien über den Führer des Zentrums Dr. Kiene sagte. Herr v. Dw, bekanntlich selbst Katholik, legte Verwahrung dagegen ein, daß Herr Kiene immer den Ausdruck brauche: „Wir Katholiken“, während er doch nur im Namen des Zentrums sprechen könne. Auch der Gesetzentwurf betr. das Disziplinarverfahren gegen evang. Geistliche wurde an die Justizgesetzgebungskommission überwiesen. Man begann hierauf die Beratung des Kultusetats. Bei Kap. 49 knüpfte der Abgeordnete Schmidt-Maubronn an eine Exigenz für Errichtung besonderer Schulpespektorate in Cannstatt und Eßlingen an und betonte, daß dies nicht mit dem Volksschulgesetz von 1836 in Einklang stehe. Der Minister dagegen betonte, daß die Stellen geistliche Stellen seien und nun in erster Linie die Schulaufsicht auszuüben hätten. R. Hausmann unterstützte seine Fraktionsgenossen und trat für Zurückweisung der Exigenz an die Kommission, um bei dieser Gelegenheit die Schulaufsichtfrage überhaupt auf die Spitze zu treiben. Der Antrag blieb aber mit einigen Stimmen in der Minderheit, indem sich für ihn nur die Volkspartei, die Sozialisten und 3 weitere Abg. erhoben.

Stuttgart, 17. Mai. (Ständisches.) Der in der gestrigen Sitzung der Kammer der Abg. eingebrachte Antrag des Zentrums hat folg. Wortlaut:

„Die K. Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, welcher die Verteilung der Kosten einer mehreren Orten gemeinschaftlichen Volksschule nicht mehr nach der Anzahl der im Schulverband stehenden Familien, sondern nach der Steuerkraft der Beteiligten regelt.“

Stuttgart 18. Mai. Die Kammer der Abgeordneten fährt heute in der gestern abgebrochenen Beratung des Kapitels von der Universität fort. Schrempf (kons.) wendet sich gegen die ev. theologische Fakultät in Tübingen. Das Verhältnis der Fakultät zur Landeskirche sei unerträglich; mit der Beseitigung einiger unbehaglicher Pfarrer werde es nicht besser. Geß bemerkt, er halte an dem Recht der Prüfung seitens der Stände fest; Niemand wolle in das Wespennest stechen. Die Besprechung eines Uebels sei der 1. Schritt zur Heilung. Er sei dagegen, daß dem Ministerium fast 150 000 M. zur Verfügung gestellt werden ohne Rechenschaftsablage an die Stände. Redner wendet sich zur Frage der Berücksichtigung des Lehrtalents bei Berufungen. Das Lob, das man dem Ber. Erst. wegen seiner maßvollen Haltung gespendet habe, hätte man wohl auch ihm geben können. (Heiterkeit.) In Tübingen sei schon eine geringere Taxation der geistigen Befähigung der Württemberger vorgekommen. Er habe den schwab. Volkstamm in Schutz genommen. Es erwidern Prälat v. Wittich und Kanzler v. Weissäcker. Letzterer erinnert bezüglich der bemängelten hohen Gehalte an den nicht hohen Gehaltdurchschnitt in Tübingen und andererseits an den erhöhten Gehalt für den neu bewilligten Landespsychiater, wie an die Gehalte der Reichsgerichtsräte. Schrempf und Kros kommen auf die Maßregelung mehrerer Pfarrer zurück.

— Dem Vernehmen nach hat die Legitimationskommission der Kammer der Abg. die Wahl des Abg. Schrempf von Schorndorf für gültig erklärt und über die Anfechtung der Wahl von Valen Beweishebung beschlossen (Rembold, Ztr., gewählt mit 2650 St. gegen Agster, Soz., mit 2633 St.). Die staatsrechtliche Kommission hat den Abg. v. Schab als Berichterstatter für den Gesetzentwurf über die sogen. Religionsreversalien gewählt.

Stuttgart, 16. Mai. (Aus dem Halbmönsaal.) Als heute Konrad Hausmann bei der Debatte zum dritten Mal in gleicher Sache, die geistliche Schulaufsicht betr., das Wort verlangte, mußte der Präsident nach der Geschäftsordnung das Haus fragen, ob es damit einverstanden sei. Der ritterschaftliche Abgeordnete Dr. Breitshwert rief mit lauter Stimme „Nein“. In diesen Ruf stimmten besonders seine Kollegen und einige deutschparteiliche Abgeordnete ein. Sofort sprang Friedrich Hausmann auf und rief mit Donnerstimme: „Dann bitte ich ums Wort.“ Das ganze Haus brach in allgemeine Heiterkeit aus.

Stuttgart, Ausflug der Volkspartei nach Hohen-Neuffen Sonntag den 26. Mai. Programm: Abgang in Nürtingen oder Weßlingen zu Fuß oder Wagen, vormittags 9 Uhr. Ankunft auf Hohen-Neuffen 12 Uhr. Aufenthalt auf der Burg bis 3 Uhr, dann Abstieg nach Neuffen und

